

## Medienbranche

### Deutsche Konzerne abgeschlagen

International verlieren deutsche Medienkonzerne zunehmend an Bedeutung. Die hiesige Nummer eins Bertelsmann, Umsatz: 17 Milliarden Euro, fällt auf der Liste der Branchenriesen im Vergleich zum Vorjahr um vier Plätze auf Rang 15 zurück. Der Streamingdienst Netflix, Rang 28, erzielt bereits halb so viel Umsatz wie die Gütersloher, die in den Achtzigerjahren sogar kurzzeitig

weltweit den ersten Platz belegten. Das geht aus einem Ranking des Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM) hervor. „Schon in drei, vier Jahren könnte Netflix Bertelsmann überholt haben“, sagt IfM-Direktor Lutz Hachmeister. Als zweitstärkstes deutsches Unternehmen folgt auf Rang 30 der öffentlich-rechtliche Senderverbund ARD (Budget: 6,5 Milliarden), ProSiebenSat.1 erreicht Rang 48, Axel Springer 52. Angeführt wird die Liste von Alphabet, dem Mutterkonzern von Google. akü

## Airbus

### Regierung stellt sich hinter Enders

Die Bundesregierung verteidigt den wegen einer Korruptionsaffäre umstrittenen Vorstandschef von Airbus gegen Vorwürfe aus Frankreich. Tom Enders sei „bis 2019“ bestellt, sagte ein Sprecher der Bundesregierung dem SPIEGEL: „Eine Abstimmung zwischen den Aktionären Deutschland, Frankreich und Spanien über die Zeit danach steht derzeit nicht auf der Tagesordnung.“ Damit reagiert das Kanzleramt auf Berichte, wonach der französische Staatspräsident Emmanuel Macron den Airbus-Chef abberufen will und

wieder mehr Staatseinfluss im Verwaltungsrat des Luft- und Raumfahrtunternehmens fordert. Das „Handelsblatt“ hatte berichtet, Macron habe darüber mit Merkel mehrmals gesprochen. Dies wollte das Bundeskanzleramt nicht bestätigen. In der deutschen Regierung wundert man sich über Macrons vermeintliche Meinungsänderung, was die Besetzung des Aufsichtsrats mit Mitgliedern der Regierungen aus den Anteilsländern angeht. Die derzeitige Struktur ohne politische Vertreter sei in den Jahren 2012 und 2013 vom damaligen Regierungsberater Macron mit ausgehandelt worden, so heißt es in Berlin. gt



Enders



SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

Ankunft des letzten Air-Berlin-Flugs am Flughafen Tegel am 27. Oktober

## Air Berlin Easyjet zahlt Wartepremie

Die britische Billigfluggesellschaft Easyjet zeigt sich bei der geplanten Übernahme von rund tausend Mitarbeitern des insolventen Ex-Wettbewerbers Air Berlin großzügiger als vermutet. Das geht aus einer Vereinbarung hervor, die das Unternehmen mit der Gewerkschaft Ver.di abgeschlossen hat. Die Aufstellung führt exakt auf, wie viele Kapitäne, Co-Piloten, Kabinenchefs und Flugbegleiter Easyjet in jedem Monat einstellen will. Im Januar zum Beispiel sollen insgesamt 28 Flugzeugführer und 56 Ka-

binenkräfte bei ihrem neuen Arbeitgeber antreten. Da die Ausbildungskapazitäten begrenzt sind, müssen die übrigen Mitarbeiter teilweise bis September warten, ehe sie bei Easyjet aufgenommen werden können. Zum Ausgleich will die Firma den Ex-Air-Berlin-Beschäftigten ein Überbrückungsgeld zahlen. Bei einem Kapitän, der erst im September 2018 anfängt, beträgt es 40 000 Euro. Wer bereits im Mai beginnt, bekommt die Hälfte. Flugbegleiter müssen mit deutlich weniger rechnen. Für sie beträgt die Einmalzahlung in der Spitze maximal 8800 Euro – zusätzlich zum bis dahin bezogenen Arbeitslosengeld. did

## Einzelhandel Härtere Strafen

Der Handel sieht sich einer massiven Ladendiebstahlwelle ausgesetzt und macht Polizei wie Justiz dafür mitverantwortlich. Mitunter erscheint die Polizei gar nicht erst am Tatort, Händler seien frustriert und verzichteten immer häufiger auf eine Strafanzeige, heißt es in einem Papier des Handelsverbands Deutschland (HDE). In der Branche verfestigte sich der Eindruck, „dass dem Staat Wille und Möglichkeiten zur Rechtsdurchsetzung“ fehlten. Wiederholungstäter würden trotz Anzeigen auf freiem Fuß bleiben, die Polizei stelle teilweise nur die Personalien fest und lasse Verdächtige dann

gehen. Der Verband fordert für schwere Diebstahlsdelikte die Mindeststrafe auf ein Jahr Haft anzuheben. Auch solle es weniger Möglichkeiten zur Verfahrenseinstellung geben, weil davon in „völlig unverhältnismäßiger Weise Gebrauch“ gemacht werde. Zudem solle Videoüberwachung erleichtert werden. Speziell für nicht deutsche Täter fordert der Verband Präventionsprogramme – diese Gruppe sei beim Ladendiebstahl überrepräsentiert. Laut HDE habe dieses Delikt dramatisch zugenommen. Offiziell registriert wurden aber in den vergangenen Jahren nur jeweils gleichbleibend rund 400 000 Ladendiebstähle, die Dunkelziffer liegt laut HDE bei „mindestens 98 Prozent“. mum